

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Gesamt-Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 25, Klaus-Groth-Straße 1, L. Stod
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Kollegen! Die unermüdliche Arbeit jedes einzelnen an dem Aufbau und der Leistungsfähigkeit des Verbandes sichert den Erfolg.

Die Lohnpolitik der Unternehmer.

Bei unsern letzten zentralen Tarifverhandlungen traten deutlich zwei ausschlaggebende Gesichtspunkte hervor, auf die sich allgemein jetzt die Lohnpolitik der Unternehmer stützt. Der treibende Faktor ist die Großindustrie, deren Diktat sich die kleineren Industrieverbände und gewerblichen Arbeitgeberverbände zu fügen haben. Die Unternehmer machen erstens die Lohnregelung für die einzelnen Industriegruppen und Gewerbe, d. h. ihre Zustimmung zu einer selbst von ihnen an sich als berechtigt anerkannten Lohnregelung davon abhängig, daß die Arbeiter den Achtstundentag preisgeben. Zweitens ist das Bestreben der Unternehmer darauf gerichtet, durch größere Lohnstaffelungen das allgemeine Lohnniveau noch stärker als bisher herunterzubringen, mit der Begründung, daß der gelernte, ältere, verheiratete Arbeiter einen höheren Lohn erhalten müsse als der ungelernete und jüngere. Diese für den geschulften Arbeiter durchsichtige Tendenz wird erst dann zur vollen Verwirklichung kommen, wenn es gelungen ist, die achtstündige Arbeitszeit zu durchbrechen.

Vor allen Dingen haben wir die Rückwirkungen einer solchen Lohnpolitik auf die Lage der Arbeiter ins Auge zu fassen, dann wird ohne weiteres klar, weshalb die Vertreter der organisierten Arbeiter lieber auf einen Tarifabschluß verzichten, als sich dieser Lohnpolitik der Unternehmer zu unterwerfen. Die Gewerkschaften wissen nur zu gut, daß die augenblickliche Lohnkonjunktur für die Unternehmer günstig, für die Arbeiter ungünstig ist. Sie wissen auch, daß die Unternehmer verschiedener Branchen eine tariflose Zeit bei ihrer geschlossenen Organisation durch ihre Lohnrichtlinien leichter überbrücken können, als die Gewerkschaften durch vereinzeltes Vorgehen. Wenn die Gewerkschaften als Befürworter der tarifvertraglichen Regelung jetzt dennoch eine tariflose Zeit vorziehen, so deshalb, weil es ihnen einfach unmöglich ist, ihre Mitglieder auf einen Tarif festzulegen, der unter dem Zwang der Unternehmerlohnpolitik zustande kommt.

Handelte es sich bei der Verlängerung der Arbeitszeit in einem Orte oder in einem Betriebe um eine halbe oder auch um eine volle Stunde, dann würde in einem solchen Einzelfall immer noch zu erwägen sein, ob nicht unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse eine solche Verlängerung als das kleinere Übel im Hinblick auf eine Lohnhöhung einstweilen in Kauf genommen werden soll, um bei günstigerer Konjunktur die Scharte wieder auszuweisen. Für eine solche taktische Einstellung würde insbesondere die Ermüdung maßgebend sein, wenigstens einen größeren Teil der arbeitslosen Mitglieder wieder in Arbeit zu bringen. Wie stehen aber die Dinge gegenwärtig? Die Unternehmer der Schwerindustrie wollen vom Dreischichtwechsel zum Zweischichtwechsel übergehen, die Arbeitszeit mit einem Schläge von acht auf zwölf Stunden verlängern, mit dem Effekt, daß die Arbeiter einer der drei Schichten ausgeschaltet werden, ein Drittel der Belegschaften also dauernd überflüssig wird, eine ständige starke arbeitslosenreserve geschaffen wird, die den Druck ganz erheblich verschärfen muß, den die Unternehmer zur weiteren Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Waagschale werfen. Bei einem derart wahnwitzigen Treiben kann kein Arbeitervertreter mitwirken. Um der „Wirtschaft“ zu helfen, der Lohnpolitik des sich als die Wirtschaft ausgebenden Unternehmertums zum Siege zu verhelfen, fällen die Organe des Reiches Schiedsprüche mit zwölfstündiger

Arbeitszeit und erklären sie für verbindlich, dieselben Organe, die zur Durchführung der von ihnen selber herausgegebenen Verordnung über die Arbeitszeit berufen sind.

Wie es mit der angeblich beabsichtigten Besserstellung der gelernten Arbeiter, besonders der verheirateten, in Wirklichkeit bestellt ist, darüber können auch unsere Kollegen aus eigener Erfahrung ein Wort mitreden. Wehnlich liegt es in andern Berufen. So kamen kürzlich in Berlin die Buchdruckermeister aus der Provinz zu dem Zweck zusammen, um anstatt einer zentralen Lohnregelung bezirkliche Vereinbarungen zu fordern, weil die Löhne der gelernten Buchdrucker höher seien als die Löhne der ungelerten Arbeiter. Bei jeder Lohnverhandlung hört man von Unternehmenseite, daß der leistungsfähige, gelernte Arbeiter in der Entlohnung höher bewertet werden müsse. Wer oder was hat denn nun die Unternehmer bisher daran gehindert, ihre besseren Kräfte dementsprechend höher zu entlohnen? Die Unternehmer werden darauf antworten, daß es der Zwang gewesen sei, auch den ungelerten Arbeitern erträgliche Löhne zuzugestehen. Die Spekulation der Unternehmer auf die egoistische Auffassung der Gelernten scheitert an der Erkenntnis der Facharbeiter, daß, je niedriger das allgemeine Existenzminimum, um so niedriger ihre „höheren“ Löhne sein werden. Jeder denkende Arbeiter muß einsehen, daß es sich hier in der Hauptsache um ein taktisches Manöver der Unternehmer handelt, das allgemeine Lohnniveau noch mehr zu senken.

Selbst wenn man annehme, daß diese Lohnpolitik der Industrieherren nicht von der Absicht eines größeren Profits, sondern von dem Bestreben getragen sei, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen, so wäre diese Lohnpolitik ebenso verfehlt wie reaktionär. Das deutsche Unternehmertum, das stets die niedrigsten Löhne zahlte, würde die Konkurrenz des Auslandes in kurzer Frist dazu zwingen, zu der gleichen Lohnpolitik überzugehen. Die Konkurrenzverhältnisse ständen dann genau auf demselben Fleck, nur mit dem recht wesentlichen Unterschied, daß die Kaufkraft der deutschen Arbeitnehmerschaft vollends brachgelegt, ihr Kulturleben zerrüttet ist, und es keinem Arbeiter-Familienvater mehr möglich wäre, seine Söhne in eine Lehre zu schicken, sie dem Unternehmertum als unbezahlte Arbeitskräfte drei oder vier Jahre lang zur Verfügung zu stellen. Wie schwer es heute schon den Kleingewerben ist, geeignete Kräfte für den Nachwuchs zu erhalten, zeigen die Klagenrufe in der Arbeitgeberpresse.

Mit einer solchen Lohnpolitik wird die deutsche Wirtschaft nicht gefördert, im Gegenteil, sie verhindert den Aufstieg, verschlechtert die Lage der Arbeiterschaft noch mehr; darum wird sie dem schärfsten Widerstand der Gewerkschaften begegnen.

Der Kampf um den Achtstundentag im Baugewerbe.

In dem Kampf um die Arbeitszeit im gesamten Baugewerbe wird die Entschleierung der wahren Absichten der Privatunternehmer von größter Bedeutung sein. Wir wollen nachfolgend hierfür einen kleinen Beitrag liefern und eine Untersuchung der „Sozialen Baumwirtschaft“ wiedergeben, die den Anteil der Löhne an den Baupreisen 1914 und 1924 berechnet.

Eine Kleinwohnung von 70 qm Wohnfläche erforderte an Löhnen auf der Baustelle im Jahre 1914 rund 1510 Goldmark, im Februar 1924 jedoch nur rund 1200 Goldmark. Der Lohnanteil verminderte sich demnach um rund 20%. Völlig vor dem Kriege im Baugewerbe neun bis zehn Stunden und nach dem Kriege siebenstündig bis acht Stunden gearbeitet wurde, haben die Lohnkosten sich nicht er-

höht, sondern ermäßigt. Können die Privatunternehmer dieser Feststellung andere Ziffern entgegenstellen? Sie mögen es tun und der Öffentlichkeit den Beweis erbringen, daß der Achtstundentag ein Hindernis dafür sei, die Baukosten auf den Friedensstand herabzubringen. Jedenfalls dürfte es ihnen schwer fallen, den Beweis dafür zu erbringen, daß es die Lohnkosten sind, die heute die Baupreise noch über den Friedensstand hinausheben.

Christliche Bauunternehmer haben seit langem auch das Unsinvolle einer solchen Beweisführung eingesehen. Da es aber Mode ist, den Achtstundentag zum Sündenbock zu machen, und die Herren aus der baustoffherzeugenden Industrie ihnen immer wieder einreden, daß die hohen Baustoffpreise wegen des Achtstundentages nicht gesenkt werden könnten, so glaubt man, dennoch für den Zehnstundentag eintreten zu müssen, um die Kosten der Baustoffe zu senken. Wie aber liegen die Verhältnisse auf diesem Gebiet? Von 1914 bis 1924 ist der Anteil der Lohnkosten an den Baustoffpreisen nachweisbar zurückgegangen: bei Zement um 5%, bei Kalk um 4%, bei Mörtel um 8%. Dementsprechend ist der Anteil der Rohstoffkosten, der Geschäftskosten und des Gewinnes gestiegen. Diese Tatsachen sprechen Bände.

Sie zeigen deutlich, wo die Urheber der Baupreisverteuerung zu suchen sind. Je tiefer man in die Untersuchung der Kosten der Baustoffe hineinsteigt, desto mehr nähert man sich den großindustriellen Mächtern und ihren Kartellen und Syndikaten, insbesondere den Herrschern der Rohstoffe Kohle und Eisen. Kann es uns da wundern, daß der Kampf für eine verlängerte Arbeitszeit gerade von diesen Stellen ausgeht? Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gibt in seinem Bericht über die Verhandlungen mit den Gewerkschaften ganz offen zu, daß die Großindustrie ihre Bauten stillgelegt habe, weil die Bauarbeiter mit ihrer sieben- bis achtstündigen Arbeitszeit den Herren der Großindustrie das Konzept ihrer Arbeitszeitpolitik verderben. Die Arbeitgeber des Baugewerbes und der Baunebenbergewerbe, die sonst so für freie Wirtschaft und Unabhängigkeit kämpfen, lassen sich von Einnahmen und Eitelkeiten ohne weiteres ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen. Sie tun das, was diese Herren ihnen vorschlagen.

Ich bin der Herr.

Nicht weniger als 100 000 Werftarbeiter mit ihren Angehörigen werden seit Wochen durch die Diktaturgelüste der Werftbesitzer zum Hungern gezwungen. Diese Herren legen lieber wochenlang ihre Werftbetriebe still, bringen lieber zahllose Familien ins Elend und ruinieren Tausenden von Kleinen auf Arbeiterkundschaft angewiesenen Geschäftsleuten ihre Existenz, als daß sie ihren Arbeitern Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren, die für diese Lebensfragen, für die schwerreichen Werftbesitzer aber nur Bagatellen sind.

Nie ist die volksparteiliche Wahlphrase „Herr sei, wer Brot und Arbeit schafft“ der Bevölkerung in ihrer brutalen Tendenz deutlicher vor Augen geführt worden als gegenwärtig. Niemals haben sich die Rechtsparteien mit ihrer Parole „Nur Arbeit, Arbeit kann uns retten“ offener als Lügner entlarvt als heute durch die ihnen angehängten Werftgewaltigen!

Bekanntlich mußten die Einigungsverhandlungen, die der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in Hamburg persönlich zustande brachte, wegen des Starrsinns der Werftbesitzer abgebrochen werden. Die „Vossische Zeitung“ weiß nun unterm 31. März folgende beachtenswerte Einzelheiten über das Scheitern der Verhandlungen anzuführen:

„Neußerlicher Anlaß zu dem bedauerenswerten Abbruch der Verhandlungen war ein Zwischenfall zwischen dem Direktor Gotf von der Werft von Blohm & Wöb und dem Reichsarbeitsminister. Die Tatsache, daß die Werftleitungen schon seit einiger Zeit mit dem Reichsarbeitsminister über die Frage, ob es das Recht habe, Schiedsprüche mit Lohnjahren für verbindlich zu erklären, prozessieren und den Prozeß in erster Instanz verloren haben, machte die Verhandlungen von Anfang an besonders schwierig. Durch das Verhalten des Direktors Gotf sah sich der Reichsarbeitsminister in vorgerückter Stunde zum Abbruch der Verhandlungen, die ohne den Zwischenfall vielleicht doch noch zu einem günstigeren Ergebnis hätten geführt werden können, genötigt. Man muß wissen, daß Direktor Gotf der Spitzen-

